

Australien ist ein wichtiger Rindfleischlieferant der USA - ja 36%\*, nein 47%, weiß nicht 17%.

Die Hauptstadt Nordkoreas ist Seoul - ja 39%, nein 45%\*, weiß nicht 16%.

Hongkong ist kürzlich ein unabhängiges Land geworden - ja 30%, nein 57%\*, weiß nicht 13%. (SCMP, 20.10.99) -ma-

#### 4 Präsidentenbesuch in Europa

Im Oktober unternahm Chinas Präsident Jiang Zemin eine insgesamt siebzehntägige Besuchsreise mehrerer Länder Westeuropas und des Nahen Ostens (Großbritannien, Frankreich, Portugal, Marokko, Algerien, Saudi Arabien). Bereits vor Reiseantritt wurde von chinesischer Seite eingeräumt, daß es wenig konkrete Vorhaben gebe. „The purpose is not to reach an agreement on detailed issues or any detailed matter“ (Guan Chengyuan, Sprecher des Außenministeriums). Die Vermutungen gingen dahin, daß es Jiang wohl in erster Linie darauf ankomme, seine internationale Reputation als „Staatsmann“ zu stärken oder, wie es diplomatisch hieß: „Visit involves high etiquette, profound friendship“. Wenn dies tatsächlich das entscheidende Motiv des Reiseunternehmens gewesen sein sollte, so erwies sich zumindest der Aufenthalt in Großbritannien als eindeutig kontraproduktiv. Um der zahlreichen Protestaktionen gegen chinesische Menschenrechtsverletzungen Herr zu werden, befand sich die britische Polizei in einem Dauereinsatz, dessen Charakter als „heavy police tactics“ beschrieben wurde, was die prestigefördernde Fernsehberichterstattung für den chinesischen „Hausgebrauch“ ziemlich erschwerte. Den eigentlichen Affront beging jedoch Prinz Charles, der unter Vorwänden einem Essen zu Ehren des chinesischen Präsidenten in der chinesischen Botschaft fernblieb. Die Mundpropaganda besagte, der Prinz habe seinen stillen persönlichen Protest gegen die Tibetpolitik Beijings demonstrieren wollen. Im Gegensatz zur Öffentlichkeit war die britische Regierung bemüht, die brisante Menschenrechtsfrage „dezent“ vorzubringen, aber der Eindruck einer gestörten Atmosphäre ließ sich nicht mehr bereinigen. Dementsprechend wehrte sich

Jiang mit verständlicher Heftigkeit gegen die Vorwürfe ebenso massiver wie fortlaufender individueller Menschenrechtsverletzungen Chinas unter seiner Führung. Der Tenor seiner Ausführungen entsprach der bekannten Argumentationsweise für „asiatische Menschenrechte“. Es komme seinem Land in erster Linie auf die Verwirklichung sozialer Rechte und die Überwindung der Armut an, weil ansonsten auch alle anderen Rechte keine Realisierungschancen hätten.

In Frankreich verlief der Besuch unter wesentlich geringeren „Störgeräuschen“. Das galt sowohl für das geringe Ausmaß an öffentlichen Protestaktionen als auch für die offiziellen Gespräche, da französische Regierungsvertreter in der Regel Menschenrechtsfragen deutlich zurückhaltender zu behandeln pflegen als ihre Nachbarn. In Portugal standen die Vorbereitungen zur Rückgabe Hongkongs an China im Mittelpunkt der Gespräche (siehe Übersichten Macau).

Der anschließende Besuch der drei arabischen Staaten sollte nicht nur bilateralen Fragen dienen, sondern zugleich auch die Rolle der Volksrepublik als ein Land betonen, das nachhaltig darauf ausgerichtet ist, „to consolidate unity and cooperation between China and the large number of African countries and Arab Islamic countries“. (SWB, 16.10.. 18.10.99; FT, 17.10., 18.10., 21.10. 99; IHT, 23.10.99; AWSJ, 18.10.99) -ma-

---



---

## Innenpolitik

---



---

#### 5 Vorbereitungen und Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der VR China

Am 1. Oktober wurde in China feierlich der fünfzigste Jahrestag der Gründung der Volksrepublik begangen, die von Mao Zedong am 1. Oktober 1949 auf dem Tiananmen-Platz im Zentrum Beijings ausgerufen worden war. Das Jubiläum markierte ein bedeutendes politisches Ereignis, für dessen Vorbereitung ein beträchtlicher materieller und ideeller Aufwand getrieben worden war (zur offiziellen Aufbereitung der Geschichte der VR China im

Vorfeld des Jahrestags vgl. die Analyse in diesem Heft).

Umfangreiche Vorbereitungsmaßnahmen wurden zunächst im Bereich der Verkehrsinfrastruktur und städtebaulicher „Verschönerung“ Beijings betrieben. Dazu zählten die Fertigstellung eines neuen Flughafen-Terminals, einer neuen Stadtautobahn und einer neuen U-Bahn-Teilstrecke ebenso wie die Neueröffnung der zentralen Wangfujing-Einkaufsstraße als moderne Fußgängerzone, der Abriß von Baracken und kommerziellen Werbeplakatwänden entlang der west-östlich über den Tiananmen-Platz führenden Prachtstraße Chang'anjie und schließlich die Renovierung des Tiananmen-Platzes und der daran angrenzenden öffentlichen Gebäude. Als Kosten für die baulichen Maßnahmen in Beijing wurden von verschiedenen Quellen Beträge von 110 bis 118 Mrd. Yuan genannt. Innerhalb des Medienapparats soll von zentraler Stelle angeordnet worden sein, die Infrastrukturprojekte nicht als „Geschenke“ für den 50. Jahrestag, sondern als „gute Taten der Regierung für das Volk“ zu präsentieren (SCMP, 22.9.99; NZZ, 29.9.99; IHT, 30.9.99).

Zu den Vorbereitungen im materiellen Bereich zählten weiter eine Reihe von landesweiten Maßnahmen zur Anhebung der Einkünfte der städtischen Bevölkerung mit niedrigem und mittlerem Einkommen. So wurde Anfang September beschlossen, die finanziellen Hilfeleistungen des Staates für Arbeitslose und sozial Schwache rückwirkend zum Juli d.J. sowie die Bezüge von Angestellten im öffentlichen Dienst, in Staatsunternehmen und von Rentnern staatlicher Unternehmen zu Mitte September d.J. um bis zu 30% anzuheben. Den Rentnern sollten außerdem ausstehende Pensionen rückwirkend zum Juni 1996 ausbezahlt werden. Betont wurde, daß es sich um die höchsten Einkommenssteigerungen seit 1949 handle. Die Gesamtkosten für die Einkommenserhöhung im laufenden und im kommenden Jahr werden von offizieller chinesischer Seite auf 65,2 Mrd. Yuan geschätzt. Davon sollen 54 Mrd. Yuan aus dem nationalen Budget, der Rest aus den Budgets mehrerer reicher Großstädte und Provinzen gedeckt werden (SWB, 31.8.99; HB, 7.9.99; AWSJ, 7.9.99; vgl. auch C.a., 1999/9, Ü 30).



Mit diesen Schritten versuchte die Regierung offenbar zum einen, der Erosion ihrer Legitimität entgegenzuwirken und die Loyalität insbesondere der städtischen Arbeiterschaft zu sichern. In der Wahrnehmung der städtischen Bevölkerung stellt vor allem die wachsende Arbeitslosigkeit den Erfolg der wirtschaftlichen Reformen, der seit den späten siebziger Jahren als Hauptquelle der Legitimität der Partei- und Staatsführung herangezogen worden ist, in zunehmendem Maße in Frage. Insbesondere trug die Einkommenserhöhung an die Adresse der Regierung gerichteten Vorwürfen Rechnung, sie verschwende Unsummen für die Feierlichkeiten, anstatt das Geld für angemessene finanzielle Unterstützungen der Bedürftigen zu verwenden (SCMP, 2.9., 7.9., 23.9., 26.9.99; RMRB, 18.9.99).

Zum anderen verfolgte die Regierung mit der Anhebung der städtischen Einkommen das explizite Ziel, die Konjunktur nicht länger nur indirekt durch ausgabenträchtige Infrastrukturprojekte, sondern zusätzlich durch direkte Stimulierung der Konsumnachfrage zu beleben, um die nunmehr fast zwei Jahre andauernde Deflation wirksamer zu bekämpfen. Verstärkt werden soll dieser Stimulierungseffekt durch eine Ende August beschlossene Steuer auf Sparzinserträge, die angesichts einer extrem hohen Sparquote von 40% die privaten Haushalte zu verstärkten Konsumausgaben ermuntern soll (IHT, 1.9.99; vgl. auch C.a., 1999/9, Ü 31).

Auch hier stellte sich ein Bezug zur Frage der Legitimität der Führung her, indem in der Debatte über diese Versuche der Deflationsbekämpfung die niedrige Konsum- bzw. hohe Sparneigung der Bevölkerung mit einer „Furcht vor der Zukunft“ begründet wurde. So seien die Privaten angesichts der Lücken im sozialen Sicherungssystem und der Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche und soziopolitische Entwicklung des Landes gezwungen, finanzielle Rücklagen für eventuelle „schlechte Zeiten“ zu bilden. Die sich trotz aller fiskalpolitischen Inflationierungsmaßnahmen hartnäckig fortsetzende Deflation wird in diesem Sinne von kritischen Stimmen als indirekter Ausdruck einer nachhaltigen Krise des Vertrauens der Bevölkerung in die

Partei- und Staatsführung gewertet (SCMP, 7., 8.9.99). Auch in den offiziellen chinesischen Medien wurde, diesmal positiv gewandt, ein Zusammenhang zwischen der wiederherzustellenden Zuversicht der Bevölkerung in die zukünftige Entwicklung des Landes und ihrer Konsumfreude hergestellt (RMRB, 18.9.99).

Im Gegenzug zu solchen Deutungen war die Führung bemüht, die rapide Verbesserung des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten als Errungenschaft der Volksrepublik in den Vordergrund zu stellen. Als konkreter Ausdruck des gestiegenen materiellen Wohlstandes wurde vom Staatsrat beschlossen, die Zahl der offiziellen Feiertage von bisher sieben auf nunmehr zehn zu erhöhen. Dabei sollen zwei zusätzliche freie Tage im Anschluß an den „Internationalen Tag der Arbeit“ am 1. Mai und ein weiterer freier Tag im Anschluß an den bisher zweitägigen Nationalfeiertag am 1./2. Oktober gewährt werden. Dieser Schritt wurde mit der wirtschaftlichen Entwicklung sowie den gestiegenen materiellen und kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung begründet. Betont wurde außerdem die Tatsache, daß es sich um die erste Revision der im Dezember 1949 beschlossenen nationalen Feiertagsregelung handle (CND, 24.9.99). Hier wurde das Bestreben der Führung besonders deutlich, der Öffentlichkeit die Verbesserung des Lebensstandards durch einen symbolträchtigen politischen Akt vor Augen zu führen.

Im ideellen Bereich umfaßten die Vorbereitungen auf den Jahrestag Ausstellungen, Symposien und Publikationen zu verschiedenen Aspekten aus den fünfzig Jahren der Volksrepublik. Offiziell geworben wurde außerdem für mehrere offizielle und halb-offizielle Webseiten im Internet, die eine multimediale Aufarbeitung der letzten fünfzig Jahre anboten ([www.prc50.gov.com](http://www.prc50.gov.com); <http://china2000.sohu.com> bzw. [www.chinanews.com.cn/china2000](http://www.chinanews.com.cn/china2000)).

Ab dem 14. September gaben das Hauptbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und das Hauptbüro des Staatsrats gemeinsam fünfzig von der Propagandaabteilung der Partei verfaßte Losungen für den 50. Jahrestag bekannt. Diese bo-

ten einen ideologischen Brückenschlag von den sogenannten „Deng-Xiaoping-Ideen“ bezüglich Reform und Öffnung über die Forderung nach nationaler Einheit und nach einem „korrekten“ Arbeitsstil von Partei und Militär bis hin zu der Aufforderung, sich eng um das Zentralkomitee der Partei „mit Jiang Zemin als Kern“ zusammenzuschließen. Für staatliche Organisationen und Verbände, die auserkoren worden waren, bei den Feierlichkeiten teilzunehmen, wurden leichter zu skandierende Kurzfassungen einzelner Losungen bekanntgegeben (RMRB, 14.9.99; IHT 16.9.99).

Von den umfassenden Sicherheitsmaßnahmen im Vorfeld des Jahrestags war bereits im letzten Heft berichtet worden (C.a., 1999/9, Ü 11). Während der Feierlichkeiten selbst wurde für 36 Stunden entlang der zweiten Ringstraße ein Sicherheitsgürtel um das Stadtzentrum Beijings gelegt, der nur nach aufwendigen Kontrollen passiert werden durfte. Alle Gebäude entlang der Chang'an-Straße wurden geräumt sowie Fenster und Türen versiegelt. Auch die Luxus-Hotels entlang dieser Straße, in die sich zahlreiche ausländische Gäste für bis zu 3.000 US\$ pro Nacht eingemietet hatten, mußten am 1. Oktober geräumt werden. Netze von Mobiltelefonen, Pagern und Funkgeräten wurden während der Feierlichkeiten ausgeschaltet (IHT, 29.9.99; NZZ, 29.9.99; SCMP, 29., 30.9.99).

Die Feierlichkeiten selbst begannen bereits am Abend des 28. September mit offiziellen Empfängen hochrangiger in- und ausländischer Gäste und setzten sich an den beiden Folgetagen mit weiteren Empfängen in Beijing fort. Im Mittelpunkt der ausländischen Gäste stand dabei die Gruppe der Überseechinesen. Außer diplomatischen Gesandten waren offiziell keine hochrangigen Vertreter ausländischer Staaten geladen worden, wie dies noch zum letzten in großem Stil begangenen Jahrestag 1984 der Fall gewesen war (vgl. C.a., 1984/10, Ü 12). Offenbar stand die nationale Einheit diesmal im Vordergrund der Festivitäten (RMRB, 30.9., 1.10.99).

Den Höhepunkt der Feierlichkeiten bildete die Festtagsparade am Vormittag des 1. Oktober. Teile der Parade waren in den Wochen zuvor mehrfach zu nächtlichen Stunden geprobt



worden; die Generalprobe am 22. September fand allerdings bei Tage statt, was zu einer erheblichen Beeinträchtigung des städtischen Verkehrs führte (SCMP, 22., 23.9.99). Um die Parade unter einem ungetrübbten blauen Himmel abhalten zu können, waren Schwerindustriebetriebe angewiesen worden, zehn Tage vor dem Festtag ihre Produktion herunterzufahren und die Schadstoffausfuhr zu drosseln. Zum 1. Oktober wurden außerdem Lastwagen, Diesel-Lokomotiven und Traktoren aus der Innenstadt verbannt (FAZ, 1.9.99). Dennoch war der Himmel am Vormittag wolkenbehangen (CND, 1.10.99).

Der zweistündige Festakt, an dem 50.000 auserwählte Vertreter des Volks teilnahmen, begann damit, daß die Führungsriege aus Partei und Regierung auf den Balkon des Tiananmen-Tores im Norden des Platzes heraustret, um pünktlich um 10 Uhr fünfzig Salutschüsse und eine Flaggenzeremonie abzunehmen. Aus der Reihe der in westlichen Anzügen gekleideten Politiker stach Jiang Zemin, Generalsekretär des Zentralkomitees der KPCh und Staatspräsident, dadurch hervor, daß er als einziger einen grauen „Sun-Yatsen-Anzug“, bekannt auch als „Mao-Anzug“, trug. Im Zusammenhang mit der Inszenierung der Parade, in der Porträts von Mao Zedong, Deng Xiaoping und zum ersten Mal auch von Jiang Zemin getragen wurden, wies ihn diese Kleidung als Nachfolger auf der mit übergreifenden informellen Kompetenzen ausgestatteten Position des obersten Partei- und Staatsführers aus. Die *South China Morning Post* sprach von der gesamten Parade als einer „Krönungszeremonie“ für Jiang Zemin (SCMP, 1.10.99; vgl. auch die Analyse in diesem Heft).

Nachdem Jiang Zemin von einer offenen *Hongqi*-Limousine aus eine Inspektion der Ehrengarde und anderer Truppenteile der Volksbefreiungsarmee abgenommen hatte, bestieg er erneut das Tiananmen-Tor, um dort seine etwa 15minütige Festtagsansprache zu halten. Darin verwies er auf die „welterschütternden“ (*fantian fudi*) historischen Veränderungen in der Volksrepublik und betonte die unverzichtbare Rolle des Sozialismus für die weitere Entwicklung Chinas. Bezüglich der Taiwanfrage beruhigte er das

alarmierte internationale Publikum, indem er in der üblichen Rhetorik vom Wunsch nach einer „friedlichen Wiedervereinigung“ nach dem Prinzip „ein Land, zwei Systeme“ sprach (RMRB, 2.10.99).

Auf diesen Kundgebungsteil folgte eine Militärparade, in der die Volksrepublik ihre neuesten Waffen zur Schau stellte. Die letzte große Militärparade hatte, nachdem die Führung zum 40. Jahrestag am 1. Oktober 1989 unter dem Eindruck der Niederschlagung der Studenten-Bewegung auf dem Tiananmen-Platz wenige Monate zuvor auf die Abhaltung einer Militärparade verzichtet hatte, anlässlich des 35. Jahrestags der VR China im Jahr 1984 stattgefunden. Damals hatte Deng Xiaoping eine Parade bestehend aus insgesamt 46 Formationen und 117 Kampfflugzeugen abgenommen, wobei der Öffentlichkeit zum ersten Mal strategische Raketen aus chinesischer Produktion öffentlich vorgeführt wurden (XNA, 2.10.99). Jiang Zemins Auftritt auf der diesjährigen Militärparade mit insgesamt 52 Formationen und 132 Kampfflugzeugen, der analog zum damaligen Auftritt Deng Xiaopings inszeniert war, bestätigte so ein weiteres Mal seine Nachfolge an der Führungsspitze.

Der Verlauf der vierzigminütigen Militärparade war auf eine Steigerung der vorgeführten Waffentechnologie hin angelegt. Als Highlights der Parade, in der alle Teilstreitkräfte und Waffengattungen, außerdem Truppen der Volkspolizei und der Miliz vertreten waren, galten mehrere Typen mit Nuklearsprengköpfen bestückbarer Kurz- und Langstreckenraketen der *Dongfeng*-Serie sowie ein neues Modell des Kampfbombers „Flying Leopard“ (*Feibao*), sämtlich aus chinesischer Produktion. Höhe- und Endpunkt der Parade bildete ein Tankflugzeug zum Auftanken in der Luft, ebenfalls in der Volksrepublik entwickelt, das am Himmel über Beijing in Aktion gezeigt wurde (XNA, 2.10.99).

Militärexperten urteilten, daß, anders als im Fall früherer Militärparaden der Sowjetunion, anlässlich derer die westliche Welt regelmäßig mit neuen Waffenentwicklungen „überrascht“ wurde, die in Beijing vorgeführten Modelle im Westen bereits sämt-

lich bekannt gewesen seien. Ausländische Einschätzungen der militärischen Schlagkraft der präsentierten Waffen reichten von spöttischen Bemerkungen über die „Kopien sowjetischer Waffen [...] die] um Jahrzehnte hinter der technischen Entwicklung hinterherhink[ten]“ (FAZ, 2.10.99) bis hin zur Anerkennung eines strategischen Vorteils Chinas in Asien aufgrund seiner Raketen. So kommentierte der *International Herald Tribune*: „Whereas its other services - such as its infantry and its air force - are considered strategic jokes, its missiles are a great equalizer“ (IHT, 2./3.10.99; vgl. auch SCMP, 2.10.99; FT, 2./3.10.99).

An die Militärparade, die die hauptsächlichste Aufmerksamkeit der ausländischen Medien auf sich zog, schloß sich zuletzt ein fünfzigminütiger ziviler Festumzug an, der, wie auch die Militärparade, von Osten her die Chang'an-Straße am Tiananmen-Tor vorüberzog (und sich am Westrand des Platzes sofort auflöste). Ausländische Beobachter kommentierten vor allem Buntheit und Kontrastreichtum der vorbeiziehenden Festwagen und Formationen, militärische Disziplin und Präzision im Ablauf des Umzugs sowie die symbolische „Naiivität“ zahlreicher Szenen und Nachbildungen. So zählte die *Financial Times* etwa auf: „child rollerbladers and unicyclists in green Lycra bodysuits with yellow capes; a phalanx of hundred newlyweds; and scores of floats with human tableaux depicting such scenes as nurses caring for the old, a bounteous harvest portrayed by a fruit basket of people in banana, apple and orange costumes, and happy families prospering under the one-child policy“ (FT, 2./3.10.99).

Tatsächlich war der Umzug gemäß einer relativ komplexen programmatischen Struktur inszeniert, die im wesentlichen daraufhin angelegt war, Jiang Zemin als Nachfolger Deng Xiaopings in der Position des obersten Partei- und Staatsführers zu installieren und das Bild eines Aufstiegs der VR China in die Reihe moderner Industriestaaten im 21. Jahrhundert zu projizieren (XNA, 2.10.99; zur Symbolik des Umzugs vgl. auch die Analyse in diesem Heft).

Am Abend des 1. Oktober organisierte die Kommunistische Partei eine zwei-



stündige Galaveranstaltung auf dem Tiananmen-Platz, an der 100.000 Personen teilnahmen. Zahlreiche künstlerische Einlagen und ein Feuerwerkspektakel, das in kleinerer Dimension zeitgleich an zehn weiteren Plätzen in Beijing repliziert wurde, beschloss den Feiertag (XNA, 2.10.99). Für vier weitere Tage fanden noch in verschiedenen Parks der Stadt Volksfeste statt. Wie in den offiziellen Medien betont wurde, handelte es sich um die am längsten dauernden Festivitäten seit 1949. Anlässlich dieser Veranstaltungen mischten sich hochrangige Politiker, darunter auch Jiang Zemin, unter die Beijinger Bevölkerung, die anlässlich des Jubiläums einen einwöchigen Sonderurlaub erhalten hatte (XNA, 3.10.99).

Die Gesamtkosten für die Feierlichkeiten in Beijing wurden mit 36 Mrd. Yuan beziffert (CND, 1.10.99); landesweit sollen über 50 Mrd. Yuan ausgegeben worden sein (SCMP, 23.9.99). Mit der Begründung, Kosten zu sparen, verbot die chinesische Führung, abgesehen von Empfängen und Galaveranstaltungen, die Abhaltung extravaganter Shows und Paraden außerhalb von Beijing. Die Ausnahme war Shanghai, wo am Abend des 1. Oktober eine technisch aufwendige Laser-show gezeigt wurde (SCMP, 26.9.99).

Bemerkenswert war, daß es sich bei den Feierlichkeiten um ein großangelegtes „öffentliches Ereignis“ handelte, welches faktisch unter weitestgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand. Zuschauer wie aktive Teilnehmer der Parade waren als symbolische Vertreter verschiedener Gruppen der Bevölkerung „handverlesen“ worden, während die große Mehrzahl der Einwohner Beijings das Ereignis vor dem Fernsehgerät verfolgte (SCMP, 30.9.99, 2.10.99).

Auch die internationale Öffentlichkeit war maßgeblich auf die offizielle Berichterstattung der chinesischen Medien angewiesen. Zwar waren bei den Feierlichkeiten auf dem Tiananmen-Platz nach chinesischen Angaben über 730 ausländische Korrespondenten von Presse, Rundfunk und Fernsehen anwesend (XNA, 20.9., 2.10.99). Da alle Gebäude entlang der Paradenroute geräumt und versiegelt waren und die Kamerateams fast ebenerdig vor dem Tiananmen-

Tor plaziert worden waren, war es aber nicht möglich, die für eine angemessene Wiedergabe der Paraden-Choreographie nötige Vogelperspektive einzunehmen. Nur den chinesischen Kamerateams war gestattet worden, aus den Fenstern des zentral gelegenen Beijing-Hotels zu filmen. Die ausländischen Medien griffen daher zum größten Teil auf das Bildmaterial des staatlichen chinesischen Fernsehsenders CCTV zurück, das in reicher Fülle und pünktlich zur Verfügung gestellt wurde. Eigene Filmsequenzen wurden nur für Randszenen verwendet. So wurden etwa im ARD-Fernsehen Straßensperren sowie eine Beijinger Familie gezeigt, die die Parade zuhause vor dem Fernsehgerät verfolgte (Schilderung einer deutschen Korrespondentin). -hol-

### 6 Anhaltende Proteste nach Verschärfung des staatlichen Vorgehens gegen Falungong

Seit Mitte Oktober war eine erhebliche Verschärfung des staatlichen Vorgehens gegen die im Juli d.J. als illegale Organisation verbotene Falungong-Bewegung zu beobachten. Innerhalb der zu Anfang August offiziell eingaluteten Kampagne gegen die Falungong markierte die letzte Oktoberwoche offenbar den Übergang von der zweiten Phase ideologischer Verurteilung in den Medien zur dritten Phase strafrechtlicher Verfolgung von Schlüsselfiguren der Bewegung (vgl. C.a., 1999/7, Ü 15, 1999/9, Ü 11).

Am 15. Oktober strahlte das staatliche chinesische Fernsehen eine Spezialsendung aus, in der Falungong als religiöser „Kult“ (*xiejiao*, wörtlich als „üble“ bzw. „häretische Lehre“) bezeichnet wurde. Wie eine Hongkonger Zeitung berichtete, hatten die Behörden die Assoziation einer „Religion“ im Juli zunächst vermieden, um westlicher Kritik an „religiöser Verfolgung“ nicht Tür und Tor zu öffnen. Um eine bessere Handhabe zur strafrechtlichen Verfolgung zu gewinnen, habe man sich jedoch später dazu entschlossen, die Falungong als Religion einzustufen. „Üble“ Aktivitäten religiöser „Kulte“ könnten nach Artikel 300 des Strafgesetzes als Verbrechen geahndet werden (*Sing Tao Jih Pao*, 15.10.99, nach SWB, 18.10.99).

Am selben Tag wurden durch den Staatsrat Vorschläge des Ministeriums für Personalangelegenheiten und des Ministeriums für Verwaltungskontrolle zum disziplinarischen Umgang mit Falungong-Anhängern im öffentlichen Dienst bekanntgegeben. Darin wurde mitgeteilt, daß öffentliche Bedienstete, die fortgesetzt an illegalen Aktivitäten der Falungong teilnahmen, mit schweren Disziplinarstrafen rechnen müßten (RMRB, 15.10.99). Auch Arbeiter in Staatsunternehmen und Studenten wurden schwerwiegende Konsequenzen bis hin zur Entlassung aus ihren Unternehmen bzw. Verweisung aus ihren Hochschulen angedroht (CND, 17.10.99; SCMP, 27.10.99). In einem weiteren Rundschreiben des Staatsrats wurde eine verstärkte administrative Aufsicht über alle Qigong-Aktivitäten gefordert sowie ein generelles Verbot aller hierarchischen Organisationsformen zwischen oder innerhalb von Qigong-Vereinigungen angekündigt (*Wen Wei Po*, 22.10.99, nach SWB, 25.10.99).

Die Sprecherin des Außenministeriums Zhang Qiyue bezeichnete Falungong gegenüber Ausländern als eine „gegen Wissenschaft, Gesellschaft und Menschheit gerichtete illegale Organisation“ (SWB, 21.10.99). Wenige Tage später ordnete Jiang Zemin vor seiner Auslandsreise nach Europa persönlich an, daß alle Provokationen durch illegale Organisationen „im Keim erstickt“ werden müßten. Falungong nannte er dabei eine „religiöse Untergrundorganisation“, die neben zahlreichen anderen Kulturen, darunter über hundert Qigong-Sekten mit jeweils mehreren tausend Mitgliedern, eine ernsthafte Bedrohung der gesellschaftlichen und politischen Stabilität darstelle (SCMP, 27.10.99).

Am 22. Oktober wurde bekannt, daß bereits einige Zeit zuvor vier Mitglieder der Falun-Dafa-Forschungsgesellschaft in Beijing verhaftet worden waren. Unter diesen Personen befindet sich laut Bericht ein Angehöriger des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit und ein weiterer des Ministeriums für Verwaltungskontrolle. Sie sollen im Fernsehen öffentlich ausgesagt haben, unter der direkten Anleitung des in den USA lebenden Li Hongzhi die Demonstrationen von etwa 10.000 Falungong-Anhängern am 25. April d.J. um das



Beijinger Regierungsviertel Zhongnanhai geplant und organisiert zu haben (*Tai Yang Pao*, 22.10.99, nach SWB, 23.10.99; vgl. C.a., 1999/4, S.369-377).

Neben der Organisation illegaler Aktivitäten wurde ihnen und elf weiteren „Anführern“ der Falungong von offizieller Seite vorgeworfen, sich illegal Zugang zu 59 klassifizierten staatlichen Dokumenten, darunter 20 der höchsten Geheimhaltungsstufe, verschafft und Staatsgeheimnisse per Fax und Internet im Ausland verbreitet zu haben. Ihre Absicht dabei sei es gewesen, auf dem Weg über Falungong-Mitglieder in den USA und Australien eine breite Basis des Widerstands gegen Partei und Regierung in China zu organisieren, um so eine Situation zu schaffen, in der nicht mehr „mit rechtlichen Mitteln gegen die Massen vorgegangen“ werden könne (XNA, 25.10.99, nach SWB, 29.10.99; SCMP, 27.10.99).

Der endültige Übergang zur dritten Kampagnenphase einer strafrechtlichen Verfolgung führender Falungong-Mitglieder wurde schließlich am 30. Oktober durch die Annahme eines neuen Gesetzes zu religiösen „Kulten“ markiert. Dieses Gesetz, das nach einwöchiger Beratung durch den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses angenommen wurde, spezifiziert den auf religiöse „Kulte“ bezogenen Artikel 300 des im März 1997 revidierten Strafgesetzkodex (abgedruckt in RMRB, 18.3.97) und stellt detaillierte Regelungen der Strafmaße bereit. Im Fall besonders schwerwiegender, aus einem Mißbrauch der organisatorischen Strukturen von „Kulten“ resultierender Straftaten ist die Möglichkeit einer Verhängung der Todesstrafe vorgesehen: so bei schwerwiegender Gefährdung der staatlichen Sicherheit (i. Verb. m. Art. 113 Strafgesetzkodex), bei Verursachung schwerer Personenschäden (i. Verb. m. Art. 234 Strafgesetzkodex) sowie bei schwerwiegenden Fällen von Vergewaltigung (i. Verb. m. Art. 236 Strafgesetzkodex) (neuer Gesetzestext abgedruckt in RMRB, 31.10.99). Aus Parteikreisen soll bekannt geworden sein, daß bis Jahresende mit Prozessen gegen mehr als fünfzig Falungong-Mitglieder zu rechnen sei (SCMP, 29.10., 1.11.99).

Ein Leitkommentar der *Volkszeitung* erläuterte den genauen Gehalt des

Begriffs „Kult“. Danach zeichne sich ein „Kult“ durch folgende Merkmale aus: Verehrung und absoluter Gehorsam gegenüber dem Gründer, der häufig politische Ambitionen hegt, Kontrolle über das Denken der Mitglieder durch Methoden der „Hirnwäsche“, Fabrikation häretischen Gedankenguts mit negativen psychologischen Folgen für die Anhänger, illegale Bereicherung, Bildung geheimer Organisations- und Kommunikationsstrukturen sowie Schädigung der Gesellschaft. Zur Erläuterung dieser Charakteristika wurden neben der Falungong auch Beispiele von „Kulten“ im Ausland angeführt, so etwa „People's Temple“ und „Branch Davidian“ in den USA sowie „Aum Shinrikyo“ in Japan, die durch eine Nervengasattache in der Tokyoter U-Bahn für internationales Aufsehen gesorgt hatten. Wie die schockierenden Erfahrungen mit solchen „Kulten“ seit den sechziger Jahren weltweit lehrten, müsse von verantwortlichen Regierungen mit aller Schärfe gegen sie vorgegangen werden (RMRB, 28.10.99). Den Vergleich mit diesen und anderen „Kulten“ im Ausland zog auch Jiang Zemin anlässlich seines Frankreich-Besuchs vor der internationalen Öffentlichkeit (SWB, 28.10.99).

Während der Ständige Ausschuß des nationalen Volkskongresses in der Großen Halle des Volkes am Tiananmen-Platz tagte, um über zwölf Gesetzesvorlagen, darunter das neue Gesetz gegen „Kulte“ zu beraten (CND, 21.10.99; SWB, 29.10.99), protestierten auf dem Platz zahlreiche Falungong-Anhänger gegen die zu erwartende Verabschiedung des Gesetzes. Seit dem Beginn der Sitzung am Montag, dem 25. Oktober, kamen an fünf hintereinanderfolgenden Tagen nach verschiedenen Angaben zwischen mehreren Dutzend und mehreren Tausend Mitglieder der Bewegung aus dem ländlichen Umland Beijings, aber auch aus zahlreichen Provinzen, vor allem Hebei, Shenyang, Shandong, Zhejiang und Hainan in Beijing zusammen. Sie sollen per Bahn, Bus oder privatem Pkw angereist sein und im Stadtgebiet Beijings bei Freunden oder dortigen Falungong-Anhängern Unterkunft genommen haben, um die Registration bei den Meldebehörden zu umgehen. Nach eigenen Angaben sollen sie sich auf die Nachricht der

Tagung des Volkskongresses hin unabhängig voneinander auf den Weg nach Beijing gemacht haben (SCMP, 28.10.99; SWB, 28., 29.10.99).

Wie während der Demonstrationen im April und Juli protestierten die Anhänger wiederum friedlich, indem sie Meditationsübungen praktizierten oder sich auch nur auf dem Platz niedersetzten. Nach Schilderungen war es für die über hundert eingesetzten Polizeikräfte zum Teil schwierig, die Falungong-Mitglieder aus der Menge „normaler“ Passanten zu identifizieren. Auf Nachfrage jedoch gaben sie ihre Mitgliedschaft angeblich bereitwillig zu und ließen sich, zumeist ohne Widerstand, von den Sicherheitskräften abführen. Auch hinsichtlich der Zahl der Verhaftungen schwanken die Angaben stark zwischen einigen Dutzend pro Tag und über 3.000 während der gesamten Woche. Die Mehrzahl der Festgesetzten sollen innerhalb von 24 Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt worden sein, so daß sie am nächsten Tag erneut auf dem Platz erscheinen konnten. (SCMP, 27., 28., 29., 30.10.99, AWSJ, 1.11.99).

Am 28. Oktober gaben rund dreißig Falungong-Mitglieder an einem geheim abgesprochenen Ort in Beijing eine Pressekonferenz. Gegenüber ausländischen Journalisten schilderten sie, wie Sicherheitskräfte zum Teil mit Gewalt gegen verhaftete Falungong-Mitglieder vorgegangen seien, was bereits zum Tod mindestens einer Person geführt habe. Auch wurden Pläne genannt, eine Petition an den Ministerpräsidenten zu richten, um kundzutun, daß die Falungong keinerlei üble Absichten hege (IHT, 29./30.10.99).

Die Führung reagierte auf die Proteste mit der Androhung rigider strafrechtlicher Verfolgung. Laut einem Interview mit namentlich nicht genannten hochrangigen Justizbeamten habe der durch die Falungong der Gesellschaft zugefügte Schaden ein in der Volksrepublik „nie zuvor“ erreichtes Ausmaß angenommen. Mit der revidierten Fassung des Strafrechts stehe jedoch eine rechtliche Grundlage zur Ahndung dieser „kriminellen Aktivitäten“ zur Verfügung (XNA, 30.10.99, nach SWB, 3.11.99).

Am 1. November argumentierte ein Artikel der *Volkszeitung*, bei dem Falungong-„Kult“ handle es sich um



ein „von oben nach unten pyramidenförmig organisiertes“ hierarchisches System, welches „geistig und organisatorisch auf eine langfristige Konfrontation mit Partei und Regierung vorbereitet“ sei. So verfüge der „Kult“ landesweit über 39 Lehrgangszentren, 1.900 Lehrgang-Stationen und 28.000 lokale Übungsplätze sowie über geheime Kommunikationsstrukturen, die nationale ebenso wie Provinzgrenzen regelmäßig überschritten. Li Hongzhi und seine Anhänger, die seit längerer Zeit „reaktionäre politische Motive“ hegten, seien seit April d.J. dazu übergegangen, eine zweite und dritte „Staffel“ von Führungspersonal aufzustellen, die im Fall einer Ausschaltung der ersten Führungsriege sofort nachrücken und die organisatorische Kontinuität des „Kultes“ aufrechterhalten könnten. Ein „weichherziger“ Umgang mit dieser Organisation sei daher nicht gerechtfertigt; vielmehr müsse man die Schuldigen schwer bestrafen. Erst nach einem vollständigen Erfolg in diesem Kampf könne man seine Energie wieder auf Reform und Öffnung konzentrieren (RMRB, 1.11.99).

Der Artikel nennt keine Mitgliederzahlen. Hier scheint ein Dilemma darin zu liegen, daß die Führung bisher bemüht war, entgegen der eigenen Bezifferung der Falungong von 100 Millionen Mitgliedern - und damit höher als die Mitgliedszahl der Kommunistischen Partei von gegenwärtig 61 Millionen - die Gesamtzahl der Falungong-Anhänger möglichst gering anzugeben (offizielle Angabe 2 Millionen) (SCMP, 29.10.99). Um ihr hartes Vorgehen gegen die Falungong zu begründen, ist die Führung aber andererseits gezwungen, das Ausmaß der Bewegung mit möglichst hohen Zahlen zu belegen. Die tatsächliche Mitgliederzahl läßt sich zwischen diesen Extremen schwer ermitteln. Ein Artikel der *International Herald Tribune* spricht von etwa 10 Millionen Falungong-Anhängern in China (IHT, 30./31.10., 1.11.99).

Die wechselseitigen Reaktionen zwischen der Staats- und Parteiführung und der Falungong-Bewegung bis Anfang November lassen eine deutliche Eskalation des Konflikts erkennen, in dem die „aufopferungsbereite“ Haltung der letzteren und die Härte im Vorgehen der ersteren einander zu verstärken scheinen. Englisch-

sprachige Zeitungen sprachen von „an extraordinary display of civil disobedience“ bzw. „the largest display of civil disobedience“ seit 1989, durch die sich die Beijinger Führung zunehmend herausgefordert sehe (SCMP, 27.10.99; AWSJ, 29./30.10.99).

Nach Darstellung des erwähnten Artikels der *International Herald Tribune* sind chinesische Analytiker uneinig darüber, als wie ernst diese Herausforderung des Regimes einzustufen sei. Einige seien der Auffassung, daß die Falungong-Bewegung Ausdruck einer oppositionellen Haltung derjenigen Teile der Bevölkerung sei, die im Reformprozeß der vergangenen Jahre zu kurz gekommen seien und sich dadurch von der Gesellschaft als entfremdet betrachteten. Die Falungong-Bewegung stelle daher die erste größtenteils aus Arbeitern bestehende und nicht von der Partei kontrollierte Massenbewegung seit der Kommunistischen Revolution von 1949 dar.

Andere stellten die Tatsache in den Vordergrund, daß gerade die führenden Angehörigen der Falungong häufig hochrangige Militär- und Parteimitglieder seien, und gingen deshalb davon aus, daß es sich bei der Bewegung um eine massive Herausforderung des Regimes handle (IHT, 30./31.10.99). -hol-

## 7 Strafrechtliches Vorgehen gegen zwei weitere „Kulte“

Während der zweiten Oktoberhälfte wurden mehrere Verhaftungen und Urteile gegen Angehörige zweier weiterer religiöser „Kulte“ in den Provinzen Hunan und Sichuan bekannt.

So berichteten die offiziellen Medien Mitte Oktober, daß zwei Anführer des 1992 gegründeten „Kultes des Höchsten Gottes“ (*zhushen jiao*), der seine Lehre auf eine spezifische Interpretation der Bibel zurückführt, der Vergewaltigung mehrerer weiblicher Mitglieder des „Kultes“, der betrügerischen Bereicherung und der Schädigung der Gesellschaft überführt worden seien. Der Gründer der Organisation sei daraufhin zum Tode verurteilt und das Urteil sofort vollzogen, sein Vertreter zu 17 Jahren Haft verurteilt worden.

Der „Kult des Höchsten Gottes“ habe rund 10.000 Mitglieder in mehre-

ren Provinzen, vor allem in entlegenen Gebirgsregionen und städtischen Vororten. Er verfüge über eine straffe, strikt hierarchische Organisation mit staatsähnlichen Strukturen; so habe er eigene „Provinz“- und „Kreis“-Autoritäten bezeichnet und im Jahr 1996 in Hengshan (Provinz Hunan) seinen ersten „Nationalkongreß“ abgehalten. Damit beanspruche er einen Status als „politische Macht und als Staat“ und stelle so eine erhebliche Gefährdung der gesellschaftlichen Stabilität dar (*Fazhi Ribao*, 13.10.99; RMRB, 15.10.99; SWB, 20.10.99).

Des weiteren wurde Ende Oktober die Verhaftung des Gründers und weiterer führender Angehöriger der sogenannten „Guogong“ (eine Qigong-Variation)-Sekte in Sichuan bekannt. Dem Führer dieser Sekte wurde vorgeworfen, durch den Verkauf von Zeitschriften, Büchern, Cassetten und Videofilmen zu Guogong in großem Maßstab hohe illegale Gewinne erwirtschaftet zu haben. Seine zahlreichen Anhänger (keine Zahlen genannt) soll er aufgrund vorgeblicher übernatürlicher Kräfte als „Wunderheiler“ geworben haben; das organisatorische Netz spanne sich über 60 Lehrgangszentren in 22 Provinzen und regierungsunmittelbaren Städten (*Sichuan Ribao*, 29.10.99, nach SWB, 30.10.99).

Das Vorgehen gegen diese beiden Gruppen verdeutlicht den breiten Durchgriff, den die staatliche Kampagne gegen Aberglauben und „Kulte“ im Umkreis des Konflikts mit der Falungong-Bewegung erreicht hat. Insbesondere die Identifizierung des „Kultes des Höchsten Gottes“ als religiöser „Kult“ mit allen definierten Eigenschaften, allen voran der strikt hierarchischen Organisation und dem politisch motivierten Subversionswillen (vgl. vorausgehende Übersicht), scheint auch dazu zu dienen, die formale strafrechtliche Klassifizierung der Falungong-Bewegung als „Kult“ zu bestätigen und damit indirekt zu legitimieren. -hol-

## 8 Kampagne der „Drei Betonungen“ intensiviert

Seit dem 78. Jahrestag der Gründung der KPCh Ende Juni d.J. hat Jiang Zemin wiederholt gefordert, die laufende Kampagne der sogenannten „Er-



ziehung in den 'Drei Betonungen' (*'san jiang' yundong*, engl. Übers. zu meist als „'three stresses' education“) zu vertiefen. In den vergangenen Wochen fanden sich zahlreiche Hinweise darauf, daß diese Kampagne zur ideologischen Erziehung von Partei- und Regierungsfunktionären im Zusammenhang des staatlichen Vorgehens gegen die Falungong-Bewegung nun auf den verschiedenen administrativen Ebenen in größerem Maßstab als ursprünglich geplant durchgeführt wird.

Die Anfänge der „Erziehung in den 'Drei Betonungen'“ reichen auf den November 1995 zurück, als Jiang Zemin mit Bezug auf die Ausbildung von Parteikadern darauf hinwies, daß „Studium, Politik und gute Führung zu betonen“ (*jiang xuexi, jiang zhengzhi, jiang zhengqi*) seien, wobei die „Betonung der Politik“ im Zentrum der Erziehung stehen müsse. Unter „Betonung des Studiums“ wurde die intensive Auseinandersetzung mit den Theoriegebäuden Mao Zedongs, Deng Xiaopings und Jiang Zemin verstanden; „Betonung der Politik“ meinte „Erhöhung des politischen Scharfsinns und der politischen Differenzierungsfähigkeit sowie die Stärkung des Blicks für die Gesamtsituation“ als auch die „Wahrung hochgradiger Einheit mit dem Zentralkomitee der Partei“; Betonung der „guten Führung“ verwies schließlich auf Prinzipientreue, Uneigennützigkeit, Redlichkeit und Selbstdisziplin sowie einen energischen Einsatz gegen Korruptionerscheinungen.

Besaßen diese „Betonungen“ bei ihrer Formulierung zunächst offenbar nur Formelcharakter ohne Anspruch auf praktische Durchsetzung, so gewann die Kampagne im November 1998 mit einem Dokument des Zentralkomitees der KPCh organisatorische Realität. Innerhalb von zwei Jahren nach Erlass des Dokuments, so wurde gefordert, müsse die Erziehung der führenden Funktionäre auf allen administrativen Ebenen oberhalb und auf der Kreisebene organisatorisch eingesetzt worden sein. Die Funktionäre sollten sich einem vierstufigen Prozeß unterziehen, innerhalb dessen sie je nach Erfolg sukzessive vom „Anhören von Meinungen anderer“ über „Selbstanalyse“ hin zu „Gedankenaustausch und Kritikentfaltung“ und schließlich zu „sorgfältiger Reformierung und

Konsolidierung der erreichten Erfolge“ voranschreiten sollten.

Nach dem Organisationsplan sollte dabei entsprechend der Hierarchien der regionalen Verwaltung und der Partei- und Regierungsbehörden von oben nach unten verfahren werden: Zunächst sollten Funktionäre von Partei- und Regierungsstellen auf zentraler Ebene sowie auf der Ebene von Provinzen und Ministerialverwaltung, zeitlich versetzt dann die Funktionäre auf der Ebene der Bezirke und Städte sowie der Behörden unterhalb der Ministerialebene und zuletzt schließlich Funktionäre auf Kreisebene der ideologischen Erziehungskampagne unterzogen werden; auf allen Ebenen war vorgesehen, die Kampagne erst auf experimenteller Basis und anschließend in breitem Maßstab durchzuführen („Chinese Communist Terms“, in: *Inside Mainland China*, 1999/8, S.85-87).

Hatte Jiang Zemin Ende Juni anlässlich des 78. Jubiläums der Gründung der KPCh gefordert, die Erziehungskampagne zu vertiefen (Rede abgedruckt in RMRB, 1.7.99), so stellte Ministerpräsident Zhu Rongji auf einer Staatsratssitzung Mitte August einen expliziten Zusammenhang zwischen einer gewissenhaften Durchführung der Kampagne und dem „ernsten ideologischen und politischen Kampf“ gegen die Falungong-Bewegung her (XNA, 19.8.99, nach SWB, 23.8.99). In den offiziellen Medien erschienen daraufhin zahlreiche Artikel, die eine Verbindung zwischen dem Kampf gegen die Falungong und der „Erziehung in den 'Drei Betonungen'“ propagierten. „Verschwommenheit“ (*mohu*) des politischen Denkens und ideologisches „Wanken“ (*dongyao*) seien die Ursache dafür, daß einige Parteimitglieder sich der Falungong-Bewegung verschrieben hätten (stellvertretend etwa RMRB, 10.10.99).

Wie hier deutlich wird, dürfte ein wichtiges Motiv für die Intensivierung der Erziehung in den „Drei Betonungen“ darin bestehen, angesichts der starken Verbreitung von Falungong-Anhängern unter Partei- und Regierungsfunktionären verbesserte Mechanismen der ideologischen und personellen Kontrolle zu schaffen. Die „Erziehung in den 'Drei Betonungen'“ mit ihrer Praxis von „Kritik und Selbst-

kritik“ könnte so den Charakter einer großangelegten ideologischen Ausrichtungsbewegung erhalten (vgl. XNA, 21.9.99, nach SWB, 3.11.99).

Das Ausmaß der Intensivierung wird durch verschiedene Meldungen über den erreichten Stand der Kampagne reflektiert. So war bereits Mitte Juli gemeldet worden, daß die erste Gruppe von insgesamt 86 Partei- und Regierungseinheiten auf Zentral- und Provinz- bzw. Ministerialebene die Erziehung bereits erfolgreich durchlaufen und eine zweite Gruppe dieser Ebenen Anfang Juli mit der Erziehung begonnen habe. Ende Oktober wurde allerdings noch immer davon gesprochen, daß die Erziehung der ersten Gruppe auf Zentral- und Provinzebene inzwischen „weitgehend abgeschlossen“ sei, aber dennoch weiterhin Anstrengungen erforderlich seien (RMRB, 16., 17., 18.7., 28.8., 6.9., 28.10.99).

Von Verzögerungen scheint auch die Durchführung der Kampagne auf der Bezirksebene bzw. der Behörden unterhalb der Ministerialebene geprägt zu sein. So wurde Anfang September gemeldet, daß die Erziehung der Funktionäre auf dieser Ebene nach dem ursprünglichen Plan des Zentralkomitees der Partei in der zweiten Jahreshälfte 1999 weitgehend abgeschlossen sein sollte. Da jedoch bei der Durchführung das Problem mangelnder Qualität aufgetreten sein, müsse die Kampagne auf dieser Ebene weiter vertieft werden. Gerade die Funktionäre auf dieser intermediären Ebene trügen eine zentrale Verantwortung für den Erfolg der Kampagne und damit für die Arbeit und das Erscheinungsbild von Partei und Regierung im ganzen (RMRB, 6.9.99).

Die Erziehung der Funktionäre auf Kreisebene wurde schließlich Ende Oktober auf experimenteller Basis begonnen; ab dem Jahr 2000 solle die Kampagne auf dieser untersten Ebene in großem Maßstab durchgeführt werden (RMRB, 28.10.99). Die hohe Zahl der betroffenen Funktionäre auf dieser Ebene läßt erwarten, daß die Durchführung der Kampagne noch eine längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Aus Sicht der betroffenen Partei- und Regierungsfunktionäre stellt die Erziehungskampagne teilweise einen erheblichen Eingriff in die berufliche



und persönliche Sphäre dar. So wurde Ende August in den westlichen Medien bekannt, daß hochrangige Führungspersonen aus staatlichen Banken, Unternehmen und Ministerien durch die Erziehungskampagne während mehrerer Monate von ihrer täglichen Arbeit abgehalten würden, was den Geschäfts- und Verwaltungsablauf erheblich beeinträchtigt. Vorgesetzte würden durch ihnen Untergebene und gleichrangige Kollegen in Gruppen- und Einzelsitzungen kritisiert (CND, 1.9.99). Zum Teil müßten auch geplante Auslandsreisen abgesagt bzw. verschoben werden, weil Betroffene kurzfristig für bestimmte „Erziehungs“-Termine vorgemerkt würden. -hol-

## 9 Geplante Verjüngung der militärischen Führungsspitze

Laut mehrerer Meldungen von Hongkonger Zeitungen im Oktober stehen in den kommenden zwei Jahren mehrere Umbesetzungen an der Führungsspitze der Volksbefreiungsarmee (VBA) und der Zentralen Militärkommission (ZMK) bevor. Ziel der personellen Umbildung soll vor allem sein, die Verjüngung der militärischen Führungsspitze voranzutreiben, die im Vergleich zur Verjüngung der Partei- und Regierungsspitze in den vergangenen Jahren deutlich zurückhinkte - Analytiker sprechen von einer halben Generation Rückstand im Verjüngungsprozeß. Ferner sollen durch die personelle Umbesetzung Befehlsgewalt und Kampfkraft des Militärs verbessert werden (*Ming Pao*, 19.10.99, nach SWB, 23.10.99).

Gemäß der jüngst bekannt gewordenen Pläne wird Chi Haotian vor März kommenden Jahres als Verteidigungsminister zurücktreten. Sein Amt soll entweder von Fu Quanyou, Generalstabschef der VBA, oder Yu Yongbo, Direktor der Allgemeinen Politischen Abteilung der VBA, übernommen werden. Die Zahl der Stellvertretenden Vorsitzenden der ZMK wird mit der voraussichtlichen Beförderung von Fu und Yu und der jüngsten Ernennung des 57-jährigen Hu Jintao zu Stellvertretenden ZMK-Vorsitzenden von bisher zwei auf fünf ansteigen. Jedoch dürfte es sich dabei nur um eine vorübergehende Lösung handeln, da

Chi Haotian und auch Zhang Wannian in absehbarer Zeit von ihren Ämtern als Stellvertretende Vorsitzende der ZMK zurücktreten werden. Nach ihrem Rücktritt aus der ZMK sollen Chi Haotian und Zhang Wannian nominelle Ämter im Nationalen Volkskongreß oder der Politischen Konsultativkonferenz erhalten.

Der 57-jährige Guo Boxiong, der auf der 4. Plenartagung des Zentralkomitees der KPCh Ende September d.J. zum Mitglied der ZMK und anschließend zum Ausführenden Stellvertretenden Generalstabschef der VBA ernannt worden war, ist als Nachfolger Fu Quanyous in der Position des Generalstabschefs vorgesehen. Der ebenfalls im September zum ZMK-Mitglied und zum Ausführenden Stellvertretenden Direktor der Allgemeinen Politischen Abteilung der VBA ernannte 56-jährige Xu Caihou soll voraussichtlich Yu Yongbo als Direktor derselben Abteilung ablösen und damit die Verantwortlichkeit für politische, organisatorische, personelle und andere interne Arbeitsbereiche der VBA übernehmen. Guo Boxiong und Xu Caihou sollen aufgrund ihres relativ geringen Alters und ihrer militärischen Ausbildung als neue hochrangige Führungskräfte bestimmt worden sein (*Tung Fang Jih Pao*, 5.10.99, nach SWB, 6.10.99; *Ming Pao*, 19.10.99, nach SWB, 23.10.99; vgl. auch C.a., 1999/9, S.974/16).

In der Vergangenheit waren in den vier Allgemeinen Abteilungen der VBA (Generalstabsabteilung, Allgemeine Politische Abteilung, Allgemeine Logistikabteilung und Allgemeine Rüstungsabteilung) niemals Positionen Stellvertretender Direktoren besetzt worden. Die jüngste Betrauung von Guo Boxiong und Xu Caihou mit diesen Ämtern deutet darauf hin, daß es sich um eine vorübergehende personelle Lösung handelt, die den beiden den Übergang in die jeweiligen Direktorenämter erleichtern soll (*Tai Yang Pao*, 10.10.99, nach SWB, 13.10.99).

Unter den ZMK-Mitgliedern, deren Zahl damit von fünf auf sieben angestiegen ist, wird voraussichtlich Wang Ke, Direktor der Allgemeinen Logistik-Abteilung der VBA, aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten. Ihm soll Li Xinliang, bisher Befehlshaber der Militärregion Beijing, nach-

folgen, der durch die erfolgreiche Organisation der Militärparade zum 50. Jahrestag der Gründung der VR China bei Jiang Zemin einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen haben soll (SCMP, 21.10.99).

Die Umbesetzungen sollen Anfang des Jahres 2000 beginnen und bis zum XI. Parteitag der KPCh, der für das Jahr 2002 vorgesehen ist, abgeschlossen sein (SCMP, 21.10.99). -hol-

## 10 Debatte im Nationalen Volkskongreß über Abgrenzung legislativer Kompetenzen

Während seiner 12. Sitzung in der letzten Oktoberwoche hat der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses über eine Gesetzesvorlage zu Kompetenzen und Verfahren in der Gesetzgebung beraten. Die Vorlage war am ersten Tag der Sitzung vom Fachausschuß für legislative Fragen präsentiert worden. Wie die Meldungen der offiziellen chinesischen Tagespresse erkennen lassen, verliefen die Diskussionen relativ kontrovers.

Zur Debatte stand die Abgrenzung legislativer Kompetenzen zwischen den Volkskongressen auf nationaler und den darunterliegenden Ebenen einerseits und den Regierungs- und Verwaltungsorganen der verschiedenen Ebenen andererseits. So wurde argumentiert, daß es im Bereich des Rechtsvollzugs häufig zu Konflikten käme, weil Gesetze und Verordnungen legislativer und staatlicher Organe einander widersprächen. Während der Nationale Volkskongreß in den zurückliegenden zwanzig Jahren rund 350 Gesetze und Verordnungen verabschiedet habe, seien vom Staatsrat im selben Zeitraum über 700, von regionalen und lokalen Regierungen sogar mehrere tausend administrative Verordnungen erlassen worden. Dieser Wildwuchs administrativer Regelungen stelle ein wachsendes Problem bei der alltäglichen Handhabung des Rechts dar. Daher sei es notwendig, die gesetzgeberischen Kompetenzen klarer voneinander abzugrenzen.

Gemäß der Gesetzesvorlage soll der Nationale Volkskongreß und sein Ständiger Ausschuß exklusive legislative Kompetenz in bestimmten Bereichen erhalten. Darunter fallen sollen



gesetzliche Maßnahmen, welche politische und persönliche Freiheitsrechte betreffen, zivilrechtliche Gesetze, Prozeßrecht und Rechtsvollzug sowie andere grundlegende legislative Fragen des politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Systems.

Andererseits wurde argumentiert, daß das System der Autorisierung von Regierungsorganen zur Formulierung administrativer Gesetze und Regelungen als Ergänzung des bestehenden Gesetzgebungssystems eine wichtige Funktion ausübe und grundsätzlich erhalten werden solle. So wurde es als positive Folge dieses Systems betrachtet, daß etwa der Staatsrat Verwaltungsregelungen zu Fragen der Marktwirtschaft, des Versicherungs- oder Steuersystems als Interim-Regelungen bis zur Verabschiedung endgültiger Gesetze durch die ordentlichen legislativen Organe formulieren könne. Erst mit zunehmender Vervollkommnung des nationalen Rechtssystems würde das System der legislativen Autorisierung von Regierungsorganen zukünftig nach und nach an Bedeutung verlieren (RMRB 26.10.99; XNA, 26.10.99; CND, 1.11.99).

Die Debatte reflektiert das Spannungsverhältnis zwischen zwei einander widerstrebenden Zielen: Einerseits wird beabsichtigt, die negativen Folgen der Rechtszersplitterung einzuschränken und ein einheitliches Rechtsgebäude zu schaffen. Hatte das Rechtssystem der VR China traditionell aufgrund einer Vielzahl administrativer Ad-hoc-Regelungen von nur „provisorischem“ (*zanxing*) Charakter an starker Instabilität gelitten, so lassen sich seit den neunziger Jahren Bestrebungen feststellen, die legislative Funktion des Nationalen Volkskongresses und seiner Fachausschüsse substantiell auszubauen und so einen einheitlicheren Gesetzgebungsprozeß zu gewährleisten. Andererseits verlangt insbesondere der wirtschaftliche Transformationsprozeß nach einer stärkeren Flexibilität des Rechtssystems. Wie gerade an den Beispielen des sozialen Versicherungssystems oder des Steuersystems deutlich wird, entsteht mit den wirtschaftlichen Reformen auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene ein großer Bedarf an gesetzlichen Neuregelungen, deren Formulierung durch einen langwierigen

parlamentarischen Gesetzgebungsprozeß stark verzögert werden könnte. -hol-

### 11 Korruptionsbekämpfung im Justizsystem

Offizielle chinesische Medien berichteten Mitte Oktober von den Ergebnissen einer im Juni 1998 begonnenen landesweiten Kampagne zur Bekämpfung von Korruption im Justizsystem.

Danach seien über 20.000 Angehörige aus dem Führungspersonal von Staatsanwaltschaften und Anti-Korruptions-Büros in 3.700 Verwaltungseinheiten auf Bezirks- und Kreisebene in einen umfassenden Screening-Prozeß einbezogen worden. Als Konsequenz aus dem Screening-Prozeß seien im zurückliegenden Jahr 1.179 Führungskräfte aus 1.023 lokalen Volksstaatsanwaltschaften und 839 lokalen Anti-Korruptions-Büros wegen korrupten Verhaltens, fachlicher Inkompetenz oder nicht ordnungsgemäßen Anstellungsverhältnissen entlassen bzw. disziplinarischen Maßnahmen unterzogen worden.

Mit der Untersuchung habe man auf zahlreiche Klagen der Öffentlichkeit über die weite Verbreitung von Korruption auf lokaler Ebene reagiert. Bei der Bekämpfung von Korruption handle es sich nach den Worten Jiang Zemins für die Kommunistische Partei Chinas um eine Frage von „Leben und Tod“ (*Fazhi Ribao*, 12.10.99; vgl. auch CND, 15.10.99). -hol-

### 12 Preisausschreiben für Computer-„Hacker“

Eine chinesische Internet-Firma in Shanghai hat in- und ausländische Computer-„Hacker“ im Rahmen eines mehrtägigen Preisausschreibens dazu aufgerufen, ein von ihr entwickeltes Netzwerksicherheitssystem zu „knacken“ zu versuchen. Teilnahmeberechtigt seien alle Internetnutzer; wer es schaffe, per Internet in das „Huatang network security defence system“ einzudringen und sich Zugang zu bestimmten Schlüsseldokumenten zu verschaffen, solle eine Prämie von 600 US\$ erhalten.

Die Firma gab an, mit diesem ungewöhnlichen Schritt die Qualität des

Produkts zu testen, dessen Hauptfunktion darin bestehe, ein unbefugtes Eindringen in interne Netzwerke abzuwehren. Eventuelle Mängel des Produkts könnten so rasch beseitigt werden.

Von den Sicherheitsbehörden erhielt das Unternehmen für die Dauer des Preisausschreibens eine Ausnahmeerlaubnis. Nach Öffnen der Website erschien die entsprechende Meldung: „Versuche, in diese Website einzudringen, sind nur während dieser Woche legal.“ ([www.netway.net.cn](http://www.netway.net.cn)). Vor dem Hintergrund der jüngsten Bemühungen der VR China im Bereich der Informationssicherheit (vgl. C.a., 1999/9, Ü 14) erscheint aber auch die Tatsache bemerkenswert, daß die offizielle Nachrichtenagentur Xinhua selbst für das Preisausschreiben warb (XNA, 12.10.99; vgl. auch FT, 19.10.99). -hol-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 13 Chinas Spitzenuniversitäten

In China wurden kürzlich die fünf besten Universitäten des Landes hinsichtlich wissenschaftlicher Forschung für das Jahr 1998 benannt. Als Maßstab dient wie immer die Zitierhäufigkeit von Forschungsarbeiten der jeweiligen Universität im US Scientific Citation Index, Engineering Index und Index to Science and Technology Proceedings. Wie in den vergangenen Jahren stehen danach die Nanjing-Universität, die Beijing-Universität, die Qinghua-Universität (Beijing), die Chinesische Universität für Wissenschaft und Technik (Hefei) und die Fudan-Universität (Shanghai) an der Spitze. Die Nanjing-Universität hatte mit 552 in internationalen Zeitschriften veröffentlichten Forschungsarbeiten die meisten Artikel zu verzeichnen.

Gemessen an der Zahl der im Jahre 1998 in internationalen wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlichten Arbeiten und der auf internationalen Konferenzen vorgestellten Forschungsarbeiten, rangiert China in der Welt an neunter Stelle. Insgesamt haben